

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP) vom 21. Februar 2008: Kulturstätten-Konzept (08.000093)

Das neue Kulturkonzept, welches letztes Jahr im Stadtrat verabschiedet wurde, hat sich um die Lösung vieler Fragen bemüht, um eine hat sie sich nicht besonders gekümmert: Wie viele Kulturorte will die Stadt Bern finanzieren und mitfinanzieren?

Die Verteilung der Kulturstätten ist sehr unterschiedlich: Es besteht eine Ballung in der Innenstadt, während auf der Achse vom Bahnhof in den Westen auf Stadtboden kaum welche bestehen. Eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Kulturstätten besteht kaum. Einige von ihnen haben ein klar erkennbares Profil, andere eher weniger. Es sind kaum klare Schwerpunktbildungen zu erkennen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Er erstellt ein Kulturstätten-Konzept, welches ermöglicht, dass mit den vorhandenen Mitteln eine optimale Nutzung der vorhandenen Kulturstätten möglich wird. Gleichzeitig wird versucht, mit klaren Schwerpunktbildungen unnötige und finanziell belastende Konkurrenz zu vermeiden. Das Profil der einzelnen Kulturstätten soll möglichst klar entwickelt und erkennbar werden.
2. Der Ballung von Kulturstätten in der Innenstadt sollte auch eine sinnvolle Entwicklung von Kulturstätten in den Quartieren entgegengesetzt werden. Zusammen mit der Stadtteil-Mitwirkung und der Gemeinwesenarbeit sollen entsprechende Planungen vorangetrieben werden.

Bern, 21. Februar 2008

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP), Christof Berger, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Beni Hirt, Stefan Jordi, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Miriam Schwarz, Patrizia Mordini, Andreas Zysset

Bericht des Gemeinderats

Am 18. Juni 2009 hat der Stadtrat vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Kenntnis genommen und der beantragten Fristverlängerung bis Dezember 2010 zugestimmt.

Zwischenzeitlich hat der Gemeinderat den Vortrag zur Erneuerung von 20 Subventionsverträgen mit Kulturinstitutionen der Stadt Bern, bzw. den Antrag auf Genehmigung der entsprechenden Verpflichtungskredite an den Stadtrat weitergeleitet. Der Gemeinderat legt im Vortrag dar, weshalb die einzelnen Institutionen welche Beiträge erhalten sollen und weshalb die nächste Subventionsperiode 2012 bis 2015 als Zwischenphase betrachtet werden muss; als Phase zwischen der Neugestaltung der Kulturpolitik gemäss städtischer Strategie 2008 bis 2011 und der Neugestaltung der Kulturpolitik als Folge des revidierten Kantonalen Kulturförderungsgesetzes ab 2016. Dies ist auch der wesentliche Grund, weshalb für die Jahre 2012 bis 2015 keine wesentlichen Veränderungen beantragt werden.

Das Postulat verlangt eine aktive Gestaltung des kulturellen Angebots durch die öffentliche Hand. Sowohl die Profile der einzelnen Kulturinstitutionen als auch deren Standort sollen geplant und aktiv beeinflusst werden. Der Gemeinderat teilt jedoch die Auffassung nicht, dass dies die Aufgabe der öffentlichen Hand ist; er ist vielmehr überzeugt, dass eine proaktive Gestaltung des städtischen Kulturangebots durch die öffentliche Hand weder sinnvoll noch erwünscht ist. Es kann nicht Sache des Gemeinderats sein, eine neue Kulturinstitution in einem bestimmten Stadtteil zu planen und zu begründen, genauso wenig kann der Gemeinderat bestimmte Angebote verhindern. Die städtische Kulturpolitik ist in erster Linie geprägt von der Initiative und dem Engagement von Privatpersonen, der Nachfrage des Publikums und dem Willen der öffentlichen Hand, bestimmte Institutionen zu subventionieren, um deren Tätigkeit zu unterstützen und/oder die Zugänglichkeit für das breite Publikum zu ermöglichen. Die Stadt kann Initiativen unterstützen, in seltenen Fällen vielleicht auch mitfinanzieren - sei es zur Steigerung der Attraktivität von Stadtteilen, in Wahrnehmung eines Bildungsauftrags oder zur Vervollständigung des Kulturangebots - sollte sich aber möglichst rasch wieder zurückziehen und nicht selbst als Veranstalterin auftreten.

Neben der direkten Förderung von Kulturschaffenden nimmt die öffentliche Hand in erster Linie über die Subventionen Einfluss auf das kulturelle Angebot der Stadt. Die Gelegenheit für diese Diskussion wird der Stadtrat aufgrund der eingangs erwähnten Vorlage zu 20 Subventionsverträgen wahrnehmen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Vortrag ausreichende Argumente enthält, die die einzelnen Subventionen an die Kulturinstitutionen begründen, und dass ein Kulturstätten-Konzept, wie es das Postulat einfordert, keine neuen Erkenntnisse bringen würde.

Bern, 22. Dezember 2010

Der Gemeinderat